

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 147. Sitzung

#### - Auszug -

Berlin, Freitag, den 18. Dezember 2015

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich zur voraussichtlich letzten Plenarsitzung in diesem Jahr.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Diese Einschränkung macht mich nervös! – Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Voraussichtlich“, das ist gefährlich! Was kommt da noch? – Volker Kauder [CDU/CSU]: Mit Schwimmen ist ja jetzt nichts bei dem Wetter!)

– Ich hätte eigentlich damit rechnen können, dass das von dem einen oder anderen als Anregung verstanden werden könnte. So war es aber ausdrücklich nicht gemeint. Es gibt heute nicht einmal mehr Veränderungen in der Tagesordnung oder andere Formalitäten zu verkünden und zu billigen.

Wir kommen daher gleich zu dem Tagesordnungspunkt 22:

Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

**Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2014 „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes**

**und**

**Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2016 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**

**Drucksache 18/7082**

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Das scheint einvernehmlich zu sein. Also können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Carsten Träger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Carsten Träger (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Jahr geht zu Ende, und da ist es Brauch, dass man zurückblickt auf das Jahr: auf das Erreichte und vielleicht auf das Unvollkommene. Da passt es gut, dass wir heute, am letzten Plenartag des Jahres, den Indikatorenbericht zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland debattieren. Darin geht es um die langen Linien, die großen Trends. Wohin führt unsere Entwicklung? Wo läuft es gut? Wo besteht Handlungsbedarf? Ich ziehe eine positive Bilanz aus mehreren Gründen.

Ich habe es schon an anderer Stelle erwähnt – aber man kann es gar nicht oft genug betonen –: Deutschland ist mit seiner Architektur der Nachhaltigkeit weltweit beispielgebend. Wir können stolz darauf sein, dass wir seit 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie haben, dass wir einen Rat für Nachhaltigkeit haben und dass wir einen Parlamentarischen Beirat haben. Wir können auf diese Institutionen und auf die Arbeit, die sie leisten, stolz sein. Aber wir müssen sie weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie ist der regelmäßige Indikatorenbericht, den wir heute debattieren. Alle zwei Jahre misst das Statistische Bundesamt anhand von 21 Indikatoren den Fortschritt in den Kernbereichen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt.

Im Bericht 2014 stehen positive Trends wie der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Abbau der Schulden und die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. Dann gibt es Ziele, die sich zwar in die richtige Richtung entwickeln, gleichwohl zu langsam. Dazu zählen die Energie- und Rohstoffproduktivität, der Primärenergieverbrauch, die Gleichstellung sowie die Flächeninanspruchnahme. Hier sind weitere Anstrengungen nötig, ganz klar.

Und dann gibt es negative Trends in den Bereichen Mobilität, Zukunftsinvestitionen und Artenvielfalt. Dort liegt der Indikatorenwert bei 63 Prozent des Zielwerts. Das ist der schlechteste jemals gemessene Wert. Alarmierend ist auch der Teilindikator für das Agrarland. Dieser ist auf 56 Prozent des Zielwerts gesunken. Er hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich verschlechtert.

Wir müssen die Belange des Natur- und Artenschutzes in der Landwirtschaft stärken. Wir haben eine nationale Biodiversitätsstrategie. Trotzdem wird Biodiversitätspolitik nicht als Querschnittsaufgabe verstanden. Hier haben wir Handlungsbedarf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Mal geht es bei der Fortschreibung des Indikatorenberichts nicht nur darum, die Ziele und Indikatoren ein weiteres Mal fortzuschreiben. Denn wir haben im September dieses Jahres die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, die SDGs, verabschiedet. Deshalb geht es dieses Mal darum, unsere Strategie an diese 17 Ziele und die 169 Unterziele anzupassen. Denn, seien wir ehrlich, gemessen an diesen globalen Zielen sind auch wir ein Entwicklungsland. Es mag den einen oder anderen Nationalisten überraschen: Auch unsere Nachhaltigkeitsstrategie ist weit davon entfernt, perfekt zu sein. Sie muss weiterentwickelt werden. Dazu bieten die SDGs jetzt eine Chance. Wir sollten sie ergreifen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte hier für einen Konsumindikator plädieren. Für mich geht es letztlich darum, dass, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker es formuliert, die Preise die Wahrheit sagen müssen. Wenn wir ein T-Shirt für 3 Euro kaufen, sind damit die Kosten für die Faser, die Herstellung, den Transport und den Verkauf wirklich abgedeckt? Das alles für 3 Euro?

Ein anderes Beispiel: Ist ein Stück billiges Fleisch wirklich so billig? Wie sähe es ohne Subventionen in der Landwirtschaft aus, oder wie sähe es mit veränderten Subventionen in der Landwirtschaft aus, die etwa

den Naturschutz belohnen? Wie kann man das messen? Und wie kann man wirklich dafür sorgen, dass die Preise die Wahrheit sagen? Ich finde, das ist eine spannende Aufgabe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2015 war ein gutes Jahr für die Nachhaltigkeit. Wie erwähnt, haben wir im September in New York den Weltzukunftsvertrag geschlossen, ohne den das Klimaschutzabkommen von Paris niemals zustande gekommen wäre. Genauso wie wir die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Ökologie und Soziales – mittlerweile gemeinsam denken, müssen wir diese beiden Verträge miteinander betrachten. Sie bedingen einander. Dass es gelungen ist, beide Verträge ins Werk zu setzen, ist ein starkes Signal der Hoffnung für unseren Planeten. Dafür danke ich allen Beteiligten, vor allem unserer Umweltministerin Barbara Hendricks und ihrem Team, das auf beiden Konferenzen Großartiges geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Barbara Hendricks, mit diesen Verträgen ist Historisches gelungen. In Zeiten großer internationaler Krisen sind diese Verträge rechtzeitig zu Weihnachten das schönste Geschenk: die Hoffnung, dass die Welt rechtzeitig zur Besinnung kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die Fraktion Die Linke hat die Kollegin Birgit Menz das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Birgit Menz (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich würde mich freuen, wenn die Frage, wie wir eine nachhaltige Zukunft erreichen und gestalten wollen, häufiger den Platz im Parlament einnehmen würde, den sie verdient.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn Nachhaltigkeit ist im Kern ein hochpolitischer Begriff. Das sehen wir auch an den Debatten, die wir im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung führen. Dass am Ende dieser Debatten Konsensentscheidungen stehen, wie auch bei der vorliegenden Stellungnahme, ist gut so, bedeutet aber vor allem für die Opposition viele Kompromisse.

Die Linke steht für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Dieses Leitbild unterscheidet sich zum Teil deutlich von dem, was in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie abgebildet wird. Wir werden deshalb im Rahmen des Beirats darauf

hinarbeiten, dass die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in Deutschland neue, auch politisch unbequeme Schwerpunkte setzen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit den Forderungen nach neuen Zielen zur Förderung nachhaltigen Konsums und zur Bekämpfung von Ungleichheiten weist die Stellungnahme hier in eine richtige Richtung. Was aber in der Nachhaltigkeitsstrategie bisher deutlich zu kurz kommt, ist die Tatsache, dass Nachhaltigkeit längst zur sozialen Frage unseres Jahrhunderts geworden ist. Wir müssen zum Beispiel folgende Fragen neu denken: Wie schaffen wir einen fairen globalen Lastenausgleich bei der Bekämpfung des Klimawandels? Was erkennen wir als Gesellschaft jenseits der klassischen Lohnarbeit als Arbeit an, und wie kann Arbeit gerecht verteilt werden?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben im vergangenen Jahrzehnt erlebt, wie eine zunehmende soziale und wirtschaftliche Verunsicherung der Bevölkerung den Widerstand gegen die stete Ausdehnung der Verwertungslogik auf den Menschen, seine Fähigkeiten und seine Arbeit erfolgreich gebrochen hat. Wirtschaftlicher Nutzen wurde immer mehr zum Kern der Möglichkeit, Anerkennung in der Gesellschaft zu erfahren. Diesen Zusammenhang müssen wir aufbrechen. Wir werden eine nachhaltige Gesellschaft nur erreichen können, wenn wir allen eine sichere Grundlage geben, auf der sie frei und mutig neue Zukünfte denken und gestalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb brauchen wir endlich gute Arbeit und Teilhabechancen für alle, wir brauchen eine gerechte Umverteilung von Wohlstand und Ressourcen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Umverteilung müssen wir unter der Vorgabe erreichen, dass Wachstum nicht grenzenlos ist. Wir müssen anerkennen, dass unser Wachstum oftmals zu Lasten anderer geht und schon jetzt seine klaren Grenzen an der ökologischen Belastbarkeit unserer Umwelt gefunden hat. Das schulden wir unseren Mitmenschen weltweit ebenso wie den nachfolgenden Generationen. Denn auf einem toten Planeten gibt es nicht nur keine Arbeit, wie die Gewerkschaft treffend mitteilt, sondern auf einem toten Planeten gibt es auch keine Zukunft. Um den Einwand „Müssen wir uns also einschränken?“ vorwegzunehmen, antworte ich: Wenn damit gemeint ist, dass wir weniger verbrauchen, weniger Müll produzieren und auf umweltschädliche und unverantwortliche Technologien wie zum Beispiel das Fracking verzichten müssen, dann lautet die Antwort: Ja.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn damit aber der Mangel an Lebensqualität gemeint ist, dann lautet die Antwort ebenso eindeutig:

Nein. Denn Lebensqualität hängt nicht vom Massenkonsum ab. Umverteilen setzt Umdenken voraus. Wir müssen den strukturellen Wachstumszwang überwinden, der soziale Ungerechtigkeit verschärft und unsere Umwelt zerstört, und wir müssen Räume schaffen, in denen gemeinwohlorientiertes Wirtschaften entstehen und funktionieren kann. Das betrifft zum Beispiel die Frage, wie wir in Deutschland zentrale Wirtschaftssektoren wie Energie und Mobilität demokratisch und nachhaltig gestalten können. Das betrifft aber auch die Architektur des Handels, die Steuerpolitik, das Arbeitsrecht und den Sozialschutz, all das, was aktuell einem für Mensch und Umwelt verheerenden globalen Standortwettbewerb unterworfen ist. Hier müssen wir globale Übereinkünfte und entsprechende Strukturen anstreben; denn wir haben auch die Verantwortung dafür zu übernehmen, welche Auswirkungen unser Handeln, unsere Politik für die Chancen auf eine gerechte, ökologisch verträgliche soziale Entwicklung weltweit hat. Die überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie muss diese internationale Verantwortung als Aufgabe aller Politikbereiche definieren. Die drei großen Gipfel in Addis Abeba, New York und Paris haben noch einmal klargemacht, dass es ein Weiter-so nicht geben darf. Dazu haben wir uns alle bekannt. Nun gilt es, zu beweisen, dass wir es ernst meinen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im Beirat bedanken. Lassen Sie uns weiter streiten und jene Irritationen schaffen, die es uns ermöglichen, aus den bekannten Denkmustern auszubrechen, sie zu hinterfragen und Neues zu denken. Lassen Sie uns mutig sein!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Brechen Sie mal aus Ihrem ideologischen Denken aus!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Andreas Lenz ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir zu so prominenter Zeit heute das Thema Nachhaltigkeit hier im Hohen Haus diskutieren. Das zeigt auch, dass das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung fundamentaler Bestandteil bundesdeutscher Politik ist. Schaut man sich den Koalitionsvertrag an, dann stößt man 69-mal auf den Begriff der

Nachhaltigkeit, manchmal in einem etwas unglücklichen Zusammenhang. Aber nichtsdestotrotz zeigt das einmal mehr, wie wichtig der Begriff der Nachhaltigkeit und nachhaltige Politik für Deutschland sind. Das ist wichtig für die Bundesregierung, aber auch für das Parlament. Wir setzen hier ganz gezielte Akzente.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird durch den Indikatorenbericht begleitet. Hier wird die Zielerreichung gemessen, die einzelnen Punkte werden begutachtet. Ich will die im Indikatorenbericht genannten Punkte anhand einiger Beispiele deutlich machen und aufzeigen, in welchen Bereichen wir Verbesserungen erreichen konnten.

Für mich ist das wichtigste Beispiel der ausgeglichene Haushalt, den wir mittlerweile zum dritten Mal anstreben und auch erreichen werden. Das ist deshalb nachhaltig, weil ohne die maßvolle Haushaltsführung die Bewältigung der mit der Flüchtlingskrise einhergehenden Herausforderungen nicht möglich wäre. Gleichzeitig werden die Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in die digitale und in die Verkehrsinfrastruktur, konsequent fortgesetzt. Das ist Nachhaltigkeit, auch im Sinne der Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kaum woanders werden die Unschärfen des Begriffes der Nachhaltigkeit so klar wie beim Thema Energiewende. Uns ist die Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die erneuerbaren Energien sind Deutschlands wichtigste Stromquelle. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch lag im ersten Halbjahr 2015 erstmals bei über 30 Prozent. Dabei konnte die EEG-Umlage stabilisiert werden. Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit gilt es eben auch zu berücksichtigen, ebenso wie die ökonomische.

Im Bereich der Innovationen hat Deutschland viel erreicht. Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung haben sich seit 2005 verdoppelt, aber auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind gesamtwirtschaftlich deutlich angestiegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerade die Forschung und der Transfer von Technologien, die einer nachhaltigen Entwicklung dienen, bieten wirtschaftliche Chancen. Es gibt also wesentliche Fortschritte im Bereich einer nachhaltigen Entwicklung. Deutschland ist hier nach wie vor Vorbild, aber – wir haben es gehört – Deutschland ist auch Entwicklungsland. Natürlich hindert uns niemand daran, noch besser zu werden. Es gibt auch Bereiche, in denen dies notwendig ist.

Im Bereich der Mobilität erreichen wir unserer Ziele nicht. Der Endenergieverbrauch im Sektor Verkehr war 2014 rund 1,7 Prozent höher als 2005. Die Gütertransportintensität steigt weiter. Der Beirat fordert hier, umweltfreundliche Antriebstechnologien, auch die Elektromobilität, durch sinnvolle Maßnahmen stärker zu fördern.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Leute müssen es kaufen!)

Auch beim Klimaschutz sind weitere Anstrengungen notwendig. Das Klimaschutzabkommen von Paris schafft dafür gute Voraussetzungen. Der Kohleausstieg muss gelingen. Der Beirat fordert, dass Deutschland bei der Verringerung der Pro-Kopf-Emissionen weiterhin ambitioniert vorangeht.

Deutschland leistet viel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Armutsbekämpfung, der Friedenssicherung und der Demokratieförderung. Dennoch sind in diesem Bereich die selbstgesteckten Ziele finanziell noch nicht erreicht. Wir brauchen also weiterhin ein ambitioniertes Vorgehen, um die nationalen Ziele tatsächlich zu erreichen, und wir können die Ziele erreichen.

Nachhaltigkeitspolitik ist mehr als Indikatoren; so wichtig diese auch sind. Insgesamt 195 Länder haben sich am 25. September dieses Jahres auf 17 übergeordnete globale Nachhaltigkeitsziele geeinigt. Das ist wirklich eine historische Einigung. Die Ziele, wie Armut und Hunger zu beenden, ein gesundes Leben zu ermöglichen, Zugang zu Bildung zu schaffen usw., bieten letztendlich auch die Grundlage dafür, Perspektiven zu schaffen und die Fluchtursachen langfristig global und effektiv zu bekämpfen.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung muss gelingen. Es handelt sich um nicht weniger als einen Weltzukunftsvertrag, wie es unser Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung formulierte. Es ist das eine, Ziele zu verabschieden, aber das andere ist, sie auch umzusetzen. Jetzt muss auf die Umsetzung geachtet werden. Klar ist, dass die Prioritäten der einzelnen Länder unterschiedlich sind. Es geht um Common But Differentiated Responsibility, also um eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung. Es ist erstaunlich bzw. beachtlich, was man feststellt, wenn man in Neu-Delhi, in Indien, am Flughafen landet: Ein Plakat mit den 17 Nachhaltigkeitszielen ist dort an prominenter Stelle platziert. Das spricht doch dafür, dass das Bewusstsein für eine globale Verantwortung durch diese Ziele gestärkt werden kann.

Deutschland hat sich als eines von neun Ländern verpflichtet, die Ziele möglichst früh vollständig umzusetzen. Dazu muss es gelingen, die Inhalte der globalen Nachhaltigkeitsziele verständlich zu kommunizieren. Die Bundesregierung wird deshalb im Rahmen der Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zügig einen Umsetzungsplan vorlegen. Wir

als Nachhaltigkeitsbeirat werden diesen Prozess konstruktiv, aber natürlich, wie es unsere Art ist, auch kritisch begleiten. Der Beirat ist sozusagen der Stachel im Fleisch der nationalen Nachhaltigkeitspolitik. Wir werden die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie anpassen müssen, ebenso die Indikatoren, die zur Prüfung dienen.

Aber auch auf europäischer Ebene ist eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie notwendig. Auf dieser Ebene sind wir als Beirat in Gesprächen ebenfalls aktiv. Angesichts der globalen Herausforderungen gilt es, noch einmal die Notwendigkeit einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu betonen. Auch wenn es schwierig ist, weil die Länder unter Nachhaltigkeit etwas Unterschiedliches verstehen, gilt: Wir haben dank der globalen Nachhaltigkeitsziele eine Chance, die wir ergreifen sollten.

Achten wir also, wie Papst Franziskus es in seiner Enzyklika sagt, aufeinander und haben wir sorgsam Acht auf die Schöpfung. Das ist, wie ich finde, eine sehr schöne Definition von Nachhaltigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Valerie Wilms für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Dr. Valerie Wilms** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wieder ist ein Jahr vorbei. Woran merken wir das? Wir haben mal wieder das Thema Nachhaltigkeit auf der Tagesordnung des Plenums, und das zu prominenter Stunde, in der sogenannten Kernzeit. Das scheint mir fast eine vorweihnachtliche Tradition zu werden. Kollege Lenz, Kollege Träger, Kollegin Menz, vielleicht schaffen wir das nächste Jahr ja auch wieder. Gucken wir mal.

Viele sind heute gekommen, um zuzuhören. Das ist etwas Neues. Das haben wir bei Nachhaltigkeitsthemen sonst nicht unbedingt. Das Auditorium ist zwar nicht so groß, wie wenn wir über ein riesiges Streitthema debattieren, aber es sind doch eine ganze Menge Abgeordnete da.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wir sollen nicht streiten! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Vor Weihnachten wollen wir doch friedlich sein!)

Nachhaltigkeit ist also nicht länger ein kleines Nischenthema, um das sich eine Handvoll Leute küm-

mert. Nein, Nachhaltigkeit geht uns alle an, werte Kolleginnen und Kollegen. Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung – wer sich von diesen Themen überhaupt nicht angesprochen fühlt, möge die Hand heben. Der Nachhaltigkeitsgedanke ist so allumfassend, dass eben jeder und jede betroffen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Mit der Verabschiedung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, der schon mehrfach angesprochenen SDGs, und dem wegweisenden Klimavertrag von Paris – Frau Hendricks, herzlichen Dank – bekommt die Nachhaltigkeitspolitik neuen Schwung. Beide Verträge bedeuten Umsetzungsanstrengungen, auch hierzulande.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Frau Hendricks, daran mangelt es noch massiv. Vielleicht sollten Sie Ihren Koalitionspartner ein bisschen einordnen, wenn ich das als Norddeutsche einmal so sagen darf.

Der Zug fährt, und er fährt in die richtige Richtung. Jetzt muss man nur noch einsteigen. Deswegen möchte ich die Bundesregierung bitten, nicht nur mitzufahren und im Bordrestaurant über das gute Leben zu sinnieren – dazu später noch ein bisschen mehr –; nein, sie soll vorne Platz nehmen und den Zug mit steuern. Das wäre ihre Aufgabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Dazu braucht man einen Führerschein, eine Ausbildung!)

Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gut. Wir haben bereits seit 2002 – Herr Kauder, daran sollten auch Sie sich einmal zurückerinnern; Sie sind ja lange genug dabei –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Wir haben eine Kanzlerin – da spreche ich jetzt auch die Union an –, die sich auch einmal als „Klimakanzlerin“ bezeichnet hat.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nicht sie! Das haben andere gemacht!)

Das scheint ihr bei der nationalen Umsetzung der Klimapolitik aber leider öfter zu entfallen. Irgendwie ist das verloren gegangen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich mache mir große Sorgen, dass sich die Bundesregierung hier verzettelt. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll nächstes Jahr

fortgeschrieben und an die sogenannten SGDs angepasst werden. So weit, so gut.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Okay!)

Die Regierung hat sich dazu ein aufwendiges Prozedere ausgedacht: Es gibt Regionalkonferenzen. Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft können sich vor Ort oder im Netz einbringen. Das klingt so weit gut.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Super!)

Aber irgendwie kenne ich das. Das gleiche aufwendige Prozedere gibt es noch ein zweites Mal: bei der sogenannten Gut-Leben-Strategie. Hier gibt und gab es 100 Bürgerdialoge und eine aufwendige, wissenschaftlich begleitete Auswertung. An deren Ende soll stehen – ich zitiere von der Homepage der Bundesregierung –:

Die gewonnenen Erkenntnisse münden in Indikatoren für Lebensqualität, an denen sich die Bundesregierung künftig orientieren wird. Ein Bericht wird über den Stand sowie die Entwicklung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben.

Das kommt Ihnen bekannt vor? Ja, mir auch, liebe Bundesregierung. Aufwachen und nicht weiter Geld verplempern! Das alles gibt es bereits seit 2002.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nennt sich nämlich Nachhaltigkeitsstrategie. Die hätten Sie nur regelmäßig anwenden und aktualisieren müssen. Die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie und einen Bericht über deren Entwicklung finden Sie alle zwei Jahre in einer schönen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes mit dem Titel „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“. Ich habe sie einmal mitgebracht; die anderen Kollegen haben sie ja noch nicht gezeigt.

(Die Rednerin hält den Bericht hoch)

Dies ist Anlass unserer heutigen Debatte. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung bewertet den Bericht und die Entwicklung der Indikatoren. Er mahnt Verbesserungen an und zeigt, wo Konzepte und Veränderungen nötig sind – das alles übrigens im Konsens und in guter Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, wofür ich mich an dieser Stelle herzlich bedanke; das klappt nämlich wirklich toll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Auch wenn es ein mühsamer Prozess ist, schaffen wir es, sozusagen die größte Schnittmenge, die wir hier im Haus finden können, darzustellen, und das abseits allen Tagesstreits.

Der Indikatorenbericht zeigt auf den ersten Blick,

dass noch lange nicht alle Ziele erreicht sind; manche sind nicht einmal auf einem guten Weg. Beispiel: Güterverkehr. Er wurde von Herrn Lenz ja schon angesprochen; ich gehe damit noch ein bisschen härter um. Eine Verlagerung weg vom Lkw hin zu Schiene oder Wasserstraße hätte positive Umweltauswirkungen. Insbesondere im Hinblick auf die Klimakonferenz in Paris ist die bessere Umweltbilanz von Schiene und Wasserstraße ein wichtiger Faktor. Leider stagnieren beide Werte, bzw. sie entwickeln sich rückläufig. Die gesetzte Zielmarke ist also weit, weit entfernt. Da müssen wir ran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich frage mich schon: Was sind die Ziele eines Berichts zum sogenannten guten Leben? Wohin führt uns ein weiteres Indikatorenset? Soll da nur die Doppelarbeit der Enquete-Kommission aus der letzten Wahlperiode fortgesetzt werden? Machen Sie hier etwa vorgezogene Wahlwerbung mit Steuermitteln? Die Gefahr der Doppelung verschiedener Indikatoren mit der Nachhaltigkeitsstrategie ist recht hoch. Was ist, wenn sich die Indikatoren gegenseitig widersprechen? Nach Planung der Bundesregierung bekommen wir im Sommer 2016 einen Bericht und einen Aktionsplan für das sogenannte gute Leben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja!)

Im Herbst 2016 kommt dann die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie, ebenfalls mit neuen Indikatoren.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Bürgerbeteiligung ist begrüßenswert; wir Grünen stehen voll dahinter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das Messen politischer Ziele und deren tatsächliche Durchsetzung sind eine gute Sache. Ich frage mich aber: Warum werden mit so großem Aufwand immer wieder neue Strategien und Konzepte erarbeitet?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum konzentriert man sich nicht einfach einmal auf die Umsetzung bereits etablierter Konzepte? Oder muss jede neue Koalition, Herr Kauder, immer wieder das Rad neu erfinden, nur damit es etwas Neues gibt?

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist wirklich nicht neu und im Kanzleramt als zentraler Regierungsstelle definitiv verankert. Trotzdem bekommen wir im Beirat heute immer noch häufig Gesetzentwürfe, aus denen klar hervorgeht, dass die Existenz dieser Strategie nicht bis in alle Äste der Regierung vorgedrungen ist.

Die Nachhaltigkeitsprüfung in den Gesetzen wird besser. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien bedanken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber sie ist immer noch nicht überall bekannt. Deshalb sollten wir unsere Energie auf das Vorhandene verwenden. Wir müssen die Nachhaltigkeitsstrategie ernst nehmen und mit Leben füllen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

statt immer wieder neue Strategien ins Leben zu rufen und planlos nebeneinanderzustellen. Das vernebelt und verwirrt nämlich nur. Nachhaltigkeitspolitik muss aber genau das Gegenteil erreichen: Wir müssen klarer sehen, was wir mit unserer heutigen Politik in der Zukunft anrichten. Das ist die entscheidende Frage. Deswegen lautet meine eindeutige Aufforderung: etwas weniger PR für diese Wohlfühlkoalition und etwas mehr klassisches politisches Handwerk.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne sollten wir schauen, dass wir gut ins nächste Jahr kommen, und uns dann wieder hier zu diesem Thema treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die SPD-Fraktion erhält nun der Kollege Lars Castellucci das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Lars Castellucci (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachhaltigkeit ist wirklich eine Überlebensfrage für die Menschheit. Es ist aber gleichzeitig eine Chance auf mehr Lebensqualität für Menschen, denen es deutlich schlechter geht als den Menschen bei uns. Und auch bei uns gibt es Menschen, denen es schlecht geht. Wirtschaftlichen Wohlstand, die Bewahrung der Schöpfung und das soziale Miteinander in Einklang zu bringen, dafür intelligente Lösungen zu finden und über Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten: Das ist wirklich ein großes Versprechen und ein Ansporn für uns in der Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich zitiere jetzt einmal etwas:

Nachhaltige Entwicklung heißt, mit Visionen, mit Fantasie und Kreativität die Zukunft zu gestalten, Neues zu wagen und unbekannte Wege zu erkunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht

von Greenpeace oder WWF, sondern von der Bundesregierung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kritische Reflexion unseres Arbeitens: Wie häufig ist ein Kompromiss, den wir finden, dann doch nur ein bisschen etwas von dem einen und etwas von dem anderen und eben noch nicht die intelligentere Lösung, die wir brauchen? Gerade jetzt am Jahresende erleben wir, wie Kolleginnen und Kollegen von einem Termin zum anderen hetzen. Ich frage uns einmal: Wo ist denn der Raum für Fantasie und Kreativität im politischen Bereich?

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Na, in der Linksfraktion!)

Nehmen wir einmal den Begriff der Nachhaltigkeit. Für diesen Begriff könnten wir hier wahrscheinlich sehr viele unterschiedliche Definitionen finden, aber in einem stimmen wir doch überein: Es geht um Langfristigkeit, um etwas, das auf Dauer angelegt ist. Wie sehr sind wir auch im politischen Betrieb bei dem, was wir tagtäglich tun, von der Nachrichtenlage beeinflusst?

Ich glaube, wir brauchen gar nicht zu streiten, ob das Glas zurzeit halb leer oder halb voll ist, sondern wir können, wie es auch schon angeklungen ist, gemeinsam feststellen: Beim Thema Nachhaltigkeit ist noch viel Luft nach oben, auch in Deutschland.

Gleichzeitig ist jetzt ein guter Zeitpunkt, über Nachhaltigkeit zu sprechen; denn gerade haben wunderbare Ereignisse wie der Gipfel in New York und der Klimagipfel in Paris stattgefunden. Das gibt uns Rückenwind. Ich will auch sagen, dass die Flüchtlinge, die zu uns kommen, uns zeigen, dass die Probleme, die es auf dieser Welt gibt, eben nicht weit weg sind, sondern auch mit uns etwas zu tun haben, und dass diese Probleme, wenn wir unserer Verantwortung nicht gerecht werden – so gut wir das als eine starke Nation und ein starkes Europa eben können –, auch zu unseren Problemen werden.

Außerdem ist unsere Bevölkerung derzeit auf Mitmachen getrimmt, wie wir das nie zuvor – abgesehen von der Zeit, als das Land in Trümmern lag – erlebt haben. Diesen guten Zeitpunkt für eine Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie müssen wir engagiert nutzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da bald Weihnachten ist, wünsche ich mir etwas: Ich wünsche mir, dass wir ehrgeizige Ziele finden, dass wir wirklich aufgreifen, was in New York verabschiedet wurde, und dass wir nicht Ziele definieren, die wir ohnehin erreichen, weil wir stark sind, sondern dass wir ehrgeizige Ziele erarbeiten, mit denen wir

wirklich einen Beitrag zur Erreichung der globalen Ziele leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Beispiel?)

Ich wünsche mir, dass wir an 1992 anknüpfen und etwas schaffen, was es damals gegeben hat, nämlich einen wirklichen gesellschaftlichen Aufbruch zu mehr Nachhaltigkeit. Ich denke an die Lokale Agenda 21. Wir brauchen so etwas wie eine Lokale Agenda 2.0, die wir jetzt ausgehend von der Diskussion über die nationale Nachhaltigkeitsstrategie starten müssen.

Und wir müssen uns als Parlament – das ist auch schon angeklungen – das Thema Nachhaltigkeit stärker aneignen, als das in der Vergangenheit geschehen ist.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Aber bitte konkret!)

Es ist doch so: Das Thema Nachhaltigkeit fristet eher ein Nischendasein, als dass es wirklich Leitbild und Zentrum der nationalen Politik ist. Darum lautet meine Forderung, dass wir die nationale Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern dass sie einem Beschluss des Deutschen Bundestages zugeführt wird, dass wir sie hier im Parlament diskutieren und verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben aufgrund der Gipfelergebnisse Grund, optimistisch zu sein, und wir haben, wie es Karl Popper sagt, sogar die Pflicht, optimistisch zu sein. Es ist kein Optimismus im Sinne von „Es wird schon werden“, sondern ein Optimismus der Tat. Vielleicht nicht mehr vor Weihnachten, aber im nächsten Jahr wollen wir damit engagiert weitermachen.

Alles Gute und vielen Dank allen, die sich für dieses Thema engagieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Sabine Leidig ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sabine Leidig (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich Herrn Castellucci nur anschließen. Auch ich wünsche mir ehrgeizigere Ziele für die Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise; denn nichts anderes steht eigentlich auf der Tagesordnung, wenn wir es wirklich schaffen wollen, nachhaltig zu leben.

Nun ist es aber so – das haben einige der Vorredner und Vorrednerinnen auch schon gesagt –, dass die Relevanz dieser Nachhaltigkeitsstrategie nicht in allen

Bereichen des parlamentarischen und des Regierungshandelns zu spüren ist. In manchen Feldern passiert immer wieder das Gegenteil. Das Thema „Mobilität und Verkehr“ wurde ja schon angesprochen.

Ich würde gerne einen Vorschlag machen, mit dem ich ein bisschen von den großen strategischen Linien heruntergehe, auf denen es immer extreme Widersprüche gibt, über die wir uns als politische Parteien durch eine Diskussion über das Wie der Umsetzung auseinandersetzen müssen: Ich möchte Ihnen vorschlagen, wie der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung tatsächlich zum Stachel werden kann.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wollen wir doch gar nicht!)

Ich finde, das ist ein richtiger Anspruch. Das erreichen wir, indem wir uns darum kümmern, wie der Bundestag selber handelt und welche konkreten Maßnahmen in unserem eigenen Haus umgesetzt werden oder nicht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Weniger Licht! Kerzen!)

Ich will hier zwei Beispiele nennen, die ganz aktuell sind:

Erstens. Unser Fahrdienst RocVin, den einige mehr, andere weniger häufig benutzen, will die 55 VW Passat, die im Mai letzten Jahres angeschafft worden sind, durch Mercedes-Fahrzeuge ersetzen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Weil die Benziner besser zu verkaufen sind als die VW Passat! Das ist nachhaltig!)

– Sie sagen, das sei nachhaltig.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ja, weil die Wiederverwertung entscheidend ist!)

RocVin sagt, diese Fahrzeuge seien imagestärker. Ich weiß nicht, ob es wirklich nachhaltig ist, und finde, darum müsste man sich kümmern.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ist doch lächerlich! Die leben vom Verkauf!)

Den zweiten Punkt finde ich noch wichtiger. Derzeit werden etwa 30 Leute eines IT-Service, die die IT von 400 Abgeordnetenbüros betreuen, entlassen. Der IT-Service wird vom Bundestag alle zwei Jahre neu ausgeschrieben. Jetzt werden diese Leute entlassen, weil ein anderes Unternehmen diesen Service billiger anbietet. Ob das sicherer, sinnvoller, nachhaltiger und sozialer ist, ist mit großen Fragezeichen zu versehen, und ich bitte darum, dass sich der Parlamentarische Beirat zum Fürsprecher einer nachhaltigen Personalpolitik im Bundestag macht.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Uli Nissen [SPD])

Sorgen Sie dafür, dass mit diesem Unsinn Schluss gemacht wird; denn dadurch werden die Leute immer

wieder in existenzielle Unsicherheit gestürzt und wir Abgeordnete und Mitarbeiter des Bundestages müssen uns mit immer wieder anderen Leuten ständig neu einarbeiten.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Meine Güte! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir müssen die Ergebnisse nachhaltig sichern, und das wird beschlossen!)

Im Hinblick auf die soziale Nachhaltigkeit wäre das ein sehr konkreter und sehr wirksamer Schritt.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Jung für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Andreas Jung (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn an meine Vorrednerin anknüpfen und unterstreichen, dass sich der Parlamentarische Beirat durchaus als Fürsprecher dafür versteht, dass wir als Deutscher Bundestag mit dem, was wir hier tun, Vorreiter für nachhaltige Entwicklung sind und dass das, was wir fordern, beispielsweise im Bereich der nachhaltigen Mobilität, sich als Erwartung an das eigene Haus, an den eigenen Fahrdienst richtet.

(Beifall des Abg. Ulrich Freese [SPD])

Ich will in diesem Zusammenhang auch betonen, dass es – sicher nach langem Ringen und vielen Diskussionen – gelungen ist, die Grenzwerte für die Autos im Fahrdienst des Bundestages zu verschärfen und diese verschärfte Grenzwerte auch einzuhalten. Der Parlamentarische Beirat fordert jetzt, dass hier verstärkt Elektroautos eingesetzt werden. Nach Gesprächen mit dem Ältestenrat vertrauen wir darauf, dass es genau so kommt. Ich möchte diesen Ort dafür nutzen, dieser Forderung noch einmal Nachdruck zu verleihen. Wenn wir Elektromobilität insgesamt voranbringen wollen, dann müssen wir selber mit diesen Autos fahren. Deshalb ist es der richtige Weg, das hier zu betonen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sprechen heute über den Indikatorenbericht, mit dem das Vorankommen der Nachhaltigkeitsstrategie geprüft wird. Die Nachhaltigkeitsstrategie sind quasi die Zehn Gebote für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland, und dieser Bericht ist die unabhängige Überprüfung als Vorlage für das Beichtgespräch. Dabei stellt sich die Frage: Wo kommen wir gut voran, und wo kommen wir weniger gut voran?

Ich will zunächst einmal die internationalen Entwicklungen aufgreifen, die schon angesprochen worden sind. Da kann man nun sagen, dass wir in diesem Jahr ausgesprochen gut vorangekommen sind. Wir haben gestern in der Aktuellen Stunde über den Weltklimavertrag diskutiert, der nach langem Ringen in Paris endlich verabschiedet werden konnte, ein Erfolg dieser Bundesregierung.

Ich will heute verstärkt auf den Nachhaltigkeitsvertrag, den Weltzukunftsvertrag, eingehen, der auch durch den Einsatz der Bundesregierung mit den internationalen Partnern im September dieses Jahres in New York verabschiedet werden konnte und der einen Paradigmenwechsel in der internationalen Politik für Nachhaltigkeit darstellt. 13 Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio ist es endlich gelungen, in diesem Jahr in beiden Bereichen, Entwicklung und Umwelt, Verträge zu schließen und damit einen Knopf dranzumachen. Damit wird in New York ein Wechsel vollzogen: von den Millenniumszielen – damals vertrat man noch die Denkweise: das sind Entwicklungsziele für die Entwicklungsländer; sie sollen im Prinzip so werden wie wir, dann wird alles gut – hin zu der Denkweise: Wir alle müssen uns entwickeln; denn wenn die Menschen in den Entwicklungsländern mit Ressourcen, Energie und Flächen so umgehen würden wie wir, dann bräuchten wir zwei Planeten. Wir haben aber nur einen, und den müssen wir gemeinsam bewahren. Deshalb sind diese Verträge ein Erfolg. Sie sind aber jetzt vor allem auch Auftrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zu diesem Auftrag gehört unsere internationale Verantwortung. Ich will an dieser Stelle betonen: Ich finde, es ist ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, den Etat für Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren um 8,3 Milliarden Euro aufwachsen zu lassen. Das ist ein ganz erheblicher Fortschritt. Wir können sagen: Wenn es die Bundesregierungen vor uns genauso gemacht hätten wie diese Bundesregierung, dann müssten wir uns keine Sorgen über die Einhaltung des 0,7-Prozentziels – also 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen – machen. Da haben wir jetzt einen wichtigen Punkt gemacht.

Trotzdem müssen wir, weil das in der Vergangenheit eben nicht erfolgt ist, den Finger immer wieder in die Wunde legen und sagen: Das müssen wir erreichen. Dieses Versprechen wurde über Jahre und Jahrzehnte von unterschiedlichen Bundesregierungen gegeben. Das muss eingehalten werden. Dafür brauchen wir einen ganz konkreten Stufenplan, der auch gegenüber den Partnern in den Entwicklungsländern zeigt: Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, und wir lösen unsere Versprechen ein. – Das gehört zur Glaubwürdigkeit dazu. Das müssen wir auch tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In dem Bericht wird mit Blick auf die internationale

Verantwortung darauf hingewiesen, dass unser Handel mit Entwicklungsländern stagniert. Da müssen wir vorankommen. Wir brauchen Wertschöpfung in diesen Ländern. Nur durch diese Wertschöpfung wird es dort auch Perspektiven geben. Nur dann werden die Menschen dort ihre Zukunft sehen und vor Ort bleiben.

Deshalb brauchen wir Fortschritte – das betrifft das Ressort von Gerd Müller –: Wir müssen die Transparenz der Lieferketten engagiert angehen und uns dafür einsetzen, dass das, was dort produziert und hier verkauft wird, sich nicht in einer Sphäre vollzieht, in der unsere sozialen und ökologischen Standards nicht eingehalten werden. Das Beispiel der T-Shirts ist bereits angesprochen worden. Wir haben uns im Beirat mit Kakao und Schokolade aus nachhaltigem Anbau beschäftigt. Das, was wir hier konsumieren, muss nachhaltig produziert werden. Dafür tragen auch wir Verantwortung, und deshalb unterstützen wir diese Aktivitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Was das angeht, was in letzter Zeit nicht so gut gelaufen ist, will ich die Europäische Union ansprechen. Wir werden den Prozess einer internationalen Nachhaltigkeit nur dann prägen können, wenn wir als Europäer geschlossen auftreten. Das war bei der Konferenz in New York der Fall. Aber die Europäische Union wollte ihre eigene Nachhaltigkeitsstrategie einstampfen. Sie sollte nur noch ein Unterpunkt der Strategie Europa 2020 sein. Dazu haben wir als Beirat über alle Fraktionsgrenzen hinweg gesagt: Das kann nicht sein.

Die Bundesregierung hat uns in Brüssel unterstützt. Wir haben gefordert, dass die Strategie fortgeführt wird, und nach langem Ringen und vielen Gesprächen gibt es jetzt Anzeichen, dass die EU die Nachhaltigkeitsstrategie fortführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wichtig und notwendig. Alles andere wäre auch ein Armutszeugnis gewesen.

Zu dem, was wir in Deutschland machen, gibt es in dem Bericht vieles, das einen optimistisch stimmen kann. Andreas Lenz hat auf die ausgeglichenen Haushalte hingewiesen. Ich will hinzufügen: Dazu tragen auch die Quote der Jugendlichen, die eine qualifizierte Ausbildung abschließen, die hohe Beschäftigungsquote und die geringe Arbeitslosenquote bei. Das ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und zur nachhaltigen Entwicklung. Damit sind wir auf einem guten Weg, und den gilt es weiter voranzuschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich will aber zum Schluss auch ansprechen, dass wir Hausaufgaben haben. Ich will einige wenige Bereiche ansprechen. Wir haben vor allem Hausaufgaben

im Bereich der Artenvielfalt. Die Zahlen sind drastisch und dramatisch: Arten verschwinden, und wenn eine Art erst einmal verschwunden ist, dann kann man das nicht mehr korrigieren; dann ist sie für immer weg. Deshalb müssen wir jetzt konsistent über alle Ressorts und Fachbereiche hinweg – Umwelt, Landwirtschaft, Forsten und Städtebau – handeln; da besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen Bereich hinzufügen: Das gilt auch für das Vorankommen des Ökolandbaus. Da sind die Österreicher noch besser als wir, und wir sollten entsprechend aufholen.

(Beifall des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt also noch einiges zu tun. Wir werden das als Parlamentarischer Beirat beherzt angehen. Ich will mich zum Ende dieses Jahres bei allen Kolleginnen und Kollegen für die ausgesprochen gute und konstruktive gemeinsame Arbeit an der Sache und für die Sache bedanken. Alles Gute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

#### **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun der Kollege Bernd Westphal für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

#### **Bernd Westphal (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Debatte geht es um die anstehende Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Durch die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele haben sich die Anforderungen erhöht. Deutschland muss sichtbar seine Vorreiterrolle behalten. Wir müssen technologisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch stark bleiben.

Ich möchte auf einige der insgesamt 21 Indikatoren eingehen. Wir brauchen ein klares Ja zur Energiewende und zur Energieeffizienz. Nur dadurch ist eine Senkung des Primärenergieverbrauchs möglich. Wir müssen die Treibhausgase in den bisher festgelegten Pfaden reduzieren. Allerdings ist auch die hohe industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu berücksichtigen. Sie hat uns gerade in der Finanzkrise enorm geholfen. Dekarbonisierung darf nicht Deindustrialisierung bedeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Bei den erneuerbaren Energien brauchen wir global mehr Anstrengungen für eine umweltverträgliche Stromerzeugung. Die bisherige weltweite Entwicklung mit steigendem Energie- und Stromverbrauch und steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen muss durchbrochen

werden. In Deutschland sind wir gerade im Strombereich auf einem guten Weg und müssen nun den Strommarkt und die volatilen erneuerbaren Energien aufeinander abstimmen. Nachholbedarf gibt es im Wärme- und Verkehrsbereich sowie in der Landwirtschaft. Anstrengungen auf Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene müssen mehr verzahnt und koordiniert werden.

Was die wirtschaftliche Zukunftsvorsorge angeht: Deutschland ist nach wie vor eine der bedeutendsten Industrienationen der Welt. Wohlstand und Beschäftigung hängen deshalb mehr als in anderen Ländern in hohem Maße von der industriellen Produktion ab. Auch aus der Innovationskraft der Industrie und des Mittelstands entstehen international anerkannte Qualitätsprodukte, die wir zur Lösung der globalen Probleme dringend brauchen. Sorge muss uns die stagnierende und teilweise rückläufige Nettoinvestitionsquote der letzten Jahre machen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Völlig richtig!)

Wir brauchen direkte und indirekte Impulse für die Bruttoanlageinvestitionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In Verbindung mit Nachhaltigkeit stehen Anreize für Energieeffizienz, aber auch für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur. Anreize privater Investitionen in nachhaltige Entwicklung müssen daher gefördert werden. Wir brauchen klare politische und sichere Rahmenbedingungen für ein investitions- und innovationsfreundliches Umfeld.

(Beifall des Abg. Ulrich Freese [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht nur um die Erreichung eines Ziels, sondern um die Verknüpfung der Ziele. Alle Ziele greifen ineinander und helfen dabei, Nachhaltigkeit in Deutschland zu schaffen. Wir brauchen eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovation fördert, langfristig eine umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima schützt und den sozialen Fortschritt voranbringt. Es geht aber nicht um Arbeit statt Umwelt oder um Umwelt statt Arbeit, sondern um die Förderung all dessen, was eine Vereinbarkeit im Sinne der Nachhaltigkeit auf höherem Niveau ausmacht. Dazu gehören vor allen Dingen auch Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Bei dem, was wir heute tun, müssen wir die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder im Blick behalten. Das darf ihre Aussicht auf eine lebenswerte Umwelt in Wohlstand und sozialer Sicherheit nicht schmälern. Das sage ich als Vater von drei Söhnen und stolzer Großvater des kleinen Louis, der vor allen Dingen Perspektive braucht. Wir haben als Abgeordnete Verant-

wortung. Wir müssen für ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Umweltschutz, sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Notwendigkeit sorgen. Der notwendige Strukturwandel wird nur gelingen, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte gleichrangig berücksichtigen. Eine nachhaltige Zukunft liegt in unserer Hand. Ein Lakota-Indianer hat einmal gesagt: „Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, wir haben sie von unseren Kindern geliehen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herzlichen Dank für die interfraktionelle Zusammenarbeit im Parlamentarischen Beirat. Herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die CDU/CSU-Fraktion ist der nächste Redner der Kollege von Marschall.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Matern von Marschall (CDU/CSU):**

Vielen herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein wenig Kritik vorab und dann ein wenig Lob hintenan. Die Kritik betrifft die Präsenz der beiden maßgeblichen Ministerien, des Umweltministeriums und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ich kann nicht erkennen, dass die beiden zuständigen Minister anwesend sind;

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist sehr bedauerlich!)

Frau Hendricks war wohl vorhin anwesend.

Was mich erfreut – das ist das Lob hintenan –, ist die Präsenz unseres Fraktionsführers. Vielen Dank, Herr Kauder! Die übrigen Fraktionsführer kann ich, soweit ich das im Moment überblicke, nicht erkennen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Herr Bartsch war auch hier! – Caren Lay [DIE LINKE]: Herr Bartsch ist da!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege von Marschall, ich kann im Augenblick aber auch eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen nicht erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das stimmt, Herr Präsident!)

**Matern von Marschall (CDU/CSU):**

Das ist angesichts der Prime Time, zu der wir über diesen Tagesordnungspunkt diskutieren, noch bedauerlicher.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Reden Sie zum Thema! Es reicht!)

– Ja, jetzt kommen wir zum Thema. Welche Bedeutung das Thema für manche hat, wird symbolisiert durch ihre Präsenz.

Weil der Einwurf von der Linken kam: Frau Kollegin Menz, wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie davon gesprochen, dass es gilt, den Wachstumszwang zu überwinden.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Ja! Sehr richtig!)

Aber ohne Wachstum gibt es leider keinen wirtschaftlichen Erfolg, und ohne wirtschaftlichen Erfolg können auch keine Steuereinnahmen erzielt werden. Ohne Steuereinnahmen besteht nicht die Möglichkeit, 1 Million Flüchtlingen in diesem Land zu helfen.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Umverteilen! Der Reichtum ist doch da, nur an den falschen Stellen!)

Insofern ist es schon hilfreich, dass wir mit annähernd 700 Milliarden Euro Steuereinnahmen maßgeblich in Deutschland und wesentlich in Europa einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie brauchen gar nicht zu schimpfen; denn uns in Deutschland ist es immerhin gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Im Übrigen sind wir führend beim Aufbau der Nutzung erneuerbarer Energien, und wir sind dank unserer Forschung maßgeblich verantwortlich für den Technologietransfer. Das ist ein nennenswerter Beitrag zur Nachhaltigkeit insgesamt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Nachhaltigkeitsdebatte beziehe ich mich symbolisch auf einen Punkt, um klarzumachen, wie schwierig es ist, die Balance herzustellen, nämlich auf den Baubereich, für den wir im Umweltausschuss ebenfalls Verantwortung tragen. Zu uns kommen Hunderttausende von Menschen und brauchen, etwa in Universitätsstädten wie meiner Heimatstadt Freiburg, neuen Wohnraum. Hier müssen wir eine Balance zwischen ökologischen Ansprüchen an das Bauen, notwendiger Baugeschwindigkeit und Kosteneffizienz finden. In dieser Balance befindet sich unsere praktische Politik. Wenn wir zusätzlich eine halbe Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau ausgeben, aber ohne Priorisierung von Flüchtlingen oder von Bedürftigen, die in unserem Land schon leben, dann ist auch das ein gutes Symbol dafür, wie wir Nachhaltigkeit begreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich würde ganz gern noch, sehr geehrter Herr Präsident, auf unser Haus und seine Arbeit zu sprechen

kommen. Herr Präsident, Sie haben ja am 1. September 2015 auf der Welt-Parlamentspräsidentenkonferenz in New York eine Ansprache gehalten. Wir hatten die Freude, während des Klimagipfels in Paris mit dem Präsidenten der Interparlamentarischen Union, mit Saber Chowdhury, zusammenzutreffen, von dem wir Ihnen – das darf ich an diesem Platz vielleicht sagen – ganz herzliche Grüße übermitteln sollen.

Es ist für uns von außerordentlicher Bedeutung, den interparlamentarischen Austausch voranzubringen, um festzustellen, wie in anderen Parlamenten der Erde sozusagen fachausschussübergreifend die Arbeit der Nachhaltigkeitsentwicklung vorangebracht wird oder wie sie im Moment vielleicht auch noch nicht vorangebracht wird. Insofern begreifen wir diese Möglichkeit des interparlamentarischen Austausches, auch auf solchen globalen Konferenzen, als eine Möglichkeit, anderen diesbezüglich hilfreich zur Seite zu stehen und Anregungen zu geben.

Liebe Frau Dr. Wilms, ich möchte auf Ihren stets pragmatischen Ansatz zurückkommen. Sie haben vollkommen Recht: Dopplungen sind an sich nicht sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön, dass Sie das zugeben!)

Wir brauchen die Integration der Arbeit in die Nachhaltigkeitsstrategie wegen der Lebensqualität; darüber hinaus muss die Integration der globalen, der noch nicht vorhandenen europäischen und der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vollzogen werden. Das gehört für uns zusammen.

Ich will Ihnen aber schon noch ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Es ist nämlich so, dass das Nachhaltigkeitsthema leider kein Privileg einer Fraktion oder Partei ist. Ich freue mich, dass am Montag und Dienstag der Bundesparteitag der CDU stattgefunden hat. In dessen Zentrum stand die umfangreiche Nachhaltigkeitsstrategie der CDU.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schön!)

Es lohnt sich, das Ganze nachzulesen, auch weil diese Strategie eine Fortsetzung der bereits begonnenen Politik ist, etwa unseres Ministers Müller, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Textilbündnis, durch das eine durchgängige Lieferkette gewährleistet werden soll.

Ich möchte zum Abschluss auf die Weihnachtstage blicken, die ja naturgemäß Tage des Abarbeitens von Wunschlisten sind. Wir können alle zusammen etwas für Nachhaltigkeit tun, indem wir – Andreas Jung hat es schon angesprochen – auf zuverlässige Label achten, auf Label, die wir noch entwickeln müssen. Da, wo bei diesen Labeln geschummelt wird, müssen wir kräftig auf die Finger klopfen. Solche Label gibt es be-

reits im Bereich der Schokolade und des Tees; Sie kennen das. Mit solchen Produkten lässt sich das Weihnachtsfest mit gutem Gewissen, was die Nachhaltigkeit angeht, feiern.

Man kann auch darauf achten, inwieweit Produkte regional sind. Auch der Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland achtet sehr darauf – ich verweise da vor allen Dingen auf das Vorgehen von Edeka im Südwesten –, dass regionale Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen versuchen, in den nächsten Jahren durch das nationale Parlament – das ist schon wichtig bei der Verzahnung der verschiedenen Ebenen; nicht nur horizontal ist ein Austausch nötig, etwa der interparlamentarische Austausch – auf die Bildung, die ja Sache der Länder ist, einzuwirken, um den Menschen eine bessere Möglichkeit zu bieten, selber nachzufragen, selber zu lernen, was es eigentlich für sie selbst bedeutet, im Alltag konkret Nachhaltigkeit zu leben. Und daran wollen wir arbeiten.

Ich wünsche Ihnen, uns allen am heutigen letzten Sitzungstag eine gute und erholsame Weihnachtszeit und freue mich auf eine wunderbare Zusammenarbeit im kommenden Jahr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Die Kollegin Pflugradt ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Jeannine Pflugradt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Wir haben schon viel über den Indikatorenbericht gehört. Ich beziehe mich heute ausschließlich auf den Indikator 14e „Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit)“.

Die Gesundheit der Bevölkerung ist ein wichtiges Zukunftsthema und entscheidend für die ökonomische und soziale Entwicklung. Die Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation, WHO, der Europäischen Region haben sich deshalb auf ein gemeinsames Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ verständigt. Die Strategie ist insbesondere darauf ausgerichtet, gesundheitliche Ungleichheiten zu verringern.

Besonders ausgeprägt ist die Bedeutung der sozioökonomischen Situation für die Verbreitung von Adipositas. Starkes Übergewicht ist ein bedeutender Risikofaktor für Fettstoffwechselstörungen, Bluthochdruck, erhöht – –

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Muss denn das jetzt vor Weihnachten sein? – Heiterkeit bei Abgeordneten im ganzen Hause)

– Doch, Herr Kauder, das ist ganz wichtig vor Weihnachten. Uns stehen Tage mit sehr fettreichem Essen bevor. Von daher können Sie vielleicht noch zwei Minuten zuhören. –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das alles ist uns bekannt, auch Herrn Kauder. Das ist ganz wunderbar.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Mir ist es leider bekannt!)

Der Anteil adipöser Personen ist jedoch in den niedrigen Statusgruppen deutlich größer als in den höheren Statusgruppen. Bei Frauen wirkt sich traurigerweise der sozioökonomische Status noch stärker als bei Männern aus. Gleichzeitig nehmen jedoch Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status Präventionsangebote seltener in Anspruch als Personen mit höherem Status.

In Deutschland ist in den vergangenen Jahren eine Zunahme von ungesundem Ernährungsverhalten und Bewegungsmangel festzustellen, in deren Folge die Anzahl der übergewichtigen Menschen zunimmt. Es ist von besonderer Wichtigkeit, gegen den Anstieg ernährungsbedingter Krankheiten aktiv vorzugehen. Hierbei muss vor allem die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in einen besonderen Fokus gerückt werden. Kitas und Schulen gelten wegen ihres universellen und vergleichsweise diskriminierungsarmen Zugangs als Schlüssel zur Verbesserung gesundheitlicher Chancengleichheit.

Die Daten der KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts zeigen, dass Kinder und Jugendliche mit niedrigem sozialem Status insgesamt seltener sportlich aktiv sind und seltener Vereinssport treiben und leider Gottes mehr Zeit mit der Nutzung elektronischer Medien verbringen als Gleichaltrige aus der mittleren oder hohen Statusgruppe. Hinzu kommt, dass sich Kinder und Jugendliche der niedrigen Statusgruppe ungesünder ernähren. Sie konsumieren deutlich häufiger Weißbrot, Fleisch, Wurstwaren, Fast-Food-Produkte sowie fast alle zuckerreichen Lebensmittel und Getränke. Der Anteil der übergewichtigen und adipösen Kinder und Jugendlichen ist in der niedrigen Statusgruppe ebenfalls am größten.

Präventive Maßnahmen sollen in besonderem Maße sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status erreichen, da diese häufig einen schlechteren Gesundheitszustand haben. Diese Bevölkerungsgruppen nehmen, wie bereits erwähnt, die verhaltenspräventiven Maßnahmen jedoch leider am wenigsten wahr. Genau daraus ergibt sich ein Bedarf an spezifischen Angeboten und an weiterführenden Ansätzen. Dazu gehören Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und verhältnispräventive Maßnahmen, die das Ziel haben, die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen so zu entwickeln, dass sie der Gesundheit der Bevölkerung dienen.

Es besteht weiterhin erheblicher Bedarf, die Bedeu-

tung von Prävention und Gesundheitsförderung gesellschaftspolitisch zu stärken, finanziell auszubauen und neben den verhaltens- auch verhältnispräventive Maßnahmen umzusetzen sowie miteinander zu verzahnen. Darunter müssen unbedingt Initiativen, die ausgewogene Ernährung und körperliche Aktivität für alle Menschen unterstützen, in den Fokus genommen werden. Uns allen ist klar, dass natürlich in erster Linie die Eltern in der Pflicht sind, hierauf zu achten. Dennoch dürfen wir als Staat sie dabei nicht alleinlassen; denn wir haben doch ein ureigenes Interesse an der Senkung von horrend teuren Ausgaben im Gesundheitswesen, die man im Kindes- und Jugendalter bereits vermeiden kann.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU])

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen hier im Hause eine gesegnete und friedvolle Weihnacht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Sybille Benning für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Sybille Benning (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Als letzte Rednerin in dieser Debatte möchte ich, nachdem wir noch viel Optimierungspotenzial festgestellt haben, aber auch eine Menge Lob gehört haben, jetzt einfach einmal aufzeigen, was wir schon alles unternehmen, um die Nachhaltigkeitsstrategie mit Leben zu füllen.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele müssen jetzt auch lokal umgesetzt werden. Die Umsetzung dieser konkreten weltweiten Ziele erfordert es, unser Leben in Zukunft nachhaltiger zu gestalten. Jetzt befinden wir uns in einem strukturierten Dialog, um die vertikale Kohärenz bei der Umsetzung zu gewährleisten. Seit diesem Herbst geschieht das auch unter reger Teilnahme der Bevölkerung dank der Bürgerdialoge im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

In dieser Rede möchte ich mich auf zwei Indikatoren des Nachhaltigkeitsberichtes konzentrieren: die Indikatoren zu Bildung und zu Innovation, also Forschung.

Bildung ist *der* Katalysator für die Sicherung einer nachhaltigen und damit besseren Zukunft; und in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie soll Bildung für Nachhaltigkeit mehr Gewicht erhalten. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat das Ziel, vom Wissen zum

Handeln zu kommen. Bis 2030 soll jeder Lernende zum Beispiel wissen, was ein nachhaltiger Lebensstil ist, was Menschenrechte sind und was Geschlechtergerechtigkeit bedeutet. Das alles soll ein nachhaltiges Bewusstsein fördern. Bildung für Nachhaltigkeit ist kein Randthema, sondern gehört in Kita, Schule, Berufsschule, Hochschule, Forschungsinstitute und Unternehmen; denn der Blick in die Zukunft muss mitgedacht werden – lebenslang.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Klatscht mal, ihr Faulenzer!)

Es gibt bereits Initiativen, die diese Aufgaben durchführen. Im Anschluss an die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ werden wir jetzt unser nationales Konzept umsetzen. Hier freut es mich ganz besonders, dass auch die erfolgreiche Bundesinitiative zur MINT-Bildung, das „Haus der kleinen Forscher“, in dem schon die Kleinsten in Kita und Grundschule für Wissenschaft und Forschung begeistert werden, in die Vermittlung von Bildung für Nachhaltigkeit einbezogen wird.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das ist eine gute Initiative!)

Wenn wir, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, 80 Prozent der Kindertageseinrichtungen mit dem „Haus der kleinen Forscher“ erreichen, so ist das doch wohl schon ein guter Anfang.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese vielversprechende Verbindung von MINT-Initiativen und Bildung für nachhaltige Entwicklung begrüße ich ausdrücklich.

Ich komme zur Forschung. Forschungsergebnisse unterstützen unser Verständnis von Klimawandel und unsere Fähigkeit, mit den Folgen umzugehen. Im Rahmen dieses Wandels zu einer nachhaltigen Gesellschaft müssen wir scheinbar gegenläufige Ziele in Einklang bringen: Wohlstand, Fortschritt und eine lebenswerte Zukunft. Dabei sollen gleichzeitig der Ressourcenverbrauch und der Ausstoß klimaschädlicher Stoffe gemindert werden. Das ist eine Herausforderung und Chance zugleich. Auch unser Leitantrag auf dem CDU-Parteitag „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ unterstreicht das einmal mehr. Er ist lebens- und ausführens-wert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit den Kopernikus-Projekten wurde jetzt die größte Forschungsinitiative zur Energiewende gestartet. Neue Energiesysteme und -konzepte sollen entwickelt werden, um sie im großen Maßstab anwenden zu können. Sowohl die maximale Förderdauer von zehn Jahren als auch die geplante Fördersumme von 400 Millionen Euro machen den herausragenden Stellenwert des Vorhabens deutlich. Kopernikus soll die

Weichen für neue Wege in der Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft stellen. Kopernikus ist eine Energieforschung, die uns hilft, Nachhaltigkeit und unsere Klimaziele zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Anfang dieses Jahres vorgestellte Forschungsprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“, FONAS<sup>3</sup>, ist darauf ausgerichtet, Innovationen zum Umbau zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu fördern. Unter den zentralen Elementen des neuen Programms ist neben der Green Economy und der Energiewende besonders die Zukunftsstadt das Thema, das mich als Berichterstatterin für nachhaltige Stadtentwicklung besonders beschäftigt.

Die Stadt der Zukunft braucht eine nachhaltige Stadtentwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nachhaltige Stadtentwicklung ist erfreulicherweise ein eigenes globales Nachhaltigkeitsziel, das SDG 11. Im Bereich nachhaltiger Urbanisierung ist die deutsche Forschung auch international führend und trägt mit einer Reihe ausgezeichneter Forschungsprogramme dazu bei, Städte und Megacities der Zukunft lebenswert zu machen.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das müssen wir mehr in den Fokus stellen!)

– Wir müssen das mehr in den Vordergrund stellen; da hat die Kollegin völlig recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau!)

Zusammen mit den UN-Habitat-Programmen und weiteren Partnern fördert das BMBF mit dem Projekt „Rapid Planning“ die Entwicklung einer schnell umsetzbaren transsektionalen Stadtplanungsmethodik, die eine rasche Anpassung an schnellwachsende Städte erlaubt. Ich hatte die Möglichkeit, mit Architekten und Studenten in Hanoi intensiv dieses Programm zu diskutieren. Es kommt gut an, und es wird auch realisiert.

Für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wäre es gut – das meint auch der Bericht –, Faktoren mit den Indikatoren Fläche, Innovation und nachhaltige Mobilität im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zusammenzufassen und abzubilden. Das muss natürlich im Dialog mit den Kommunen geschehen.

Als Berichterstatterin sind mir verschiedene Kommunen bekannt, die dank des FONAS-Programms „Zukunftswerkstatt“ hervorragende, nachhaltige und zukunftsweisende Projekte implementiert haben. Ich nenne hier nur Freiburg und Bottrop, von Münster ganz zu schweigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine ganz erfreuliche Entwicklung ist die zunehmende Wertschätzung urbaner Grünflächen in der Stadtplanung. Grün in der Stadt sorgt nicht nur für Freiräume, Orte der Begegnung, der Erholung, der Integration, sondern liefert auch einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Gesundheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau: Grün!)

Grün in der Stadt ist einfach lebensnotwendig

(Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein gutes Schlusswort!)

– und völlig ideologiefrei, meine Kollegen. – Davon profitieren kleine und große Städte, kleine Forscher bis hin zu großen Forschungsvorhaben nachhaltig.

Meine Kollegen, ich wünsche Ihnen allen eine gute Weihnachtszeit und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/7082 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.